



Aktion: Anfrage an Parteien mit Bitte um Stellungnahme zur Forderung „Deutschland raus aus der NATO!“

Hier der Anfragetext:

ich bin ein in Spanien lebender deutscher Rentner und habe in großer Sorge um das Leben und die Gesundheit meiner in Deutschland wohnenden drei Kinder und zwei Enkel eine Internetplattform ins Leben gerufen, welche das unbedingte Ziel der Verhinderung einer Einbeziehung Deutschlands in einen Krieg verfolgt.

Insbesondere weise ich hin auf den Artikel 26 des deutschen Grundgesetzes, Absatz 1: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“

Da meiner Meinung nach Deutschland als NATO-Mitglied zwangsläufig ständig durch Teilnahme seines Militärs an kriegsvorbereitenden Manövern und dem Herbeiphantasieren von Bedrohungsszenarien durch die NATO-Führung gegen diesen Grundgesetzartikel verstößt, gebe ich auf der genannten Internetplattform Menschen die Möglichkeit, den Austritt Deutschland aus der NATO zu fordern.

Innerhalb weniger Tage haben sich bereits rund zweitausend Menschen mit ihrem Eintrag hinter die Forderung „Deutschland raus aus der NATO!“ gestellt und es werden täglich mehr.

Das ist hier überprüfbar: www.rausausderNATO.com

Ist Ihre Partei bereit, sich hinter diese Forderung zu stellen im Interesse der Erhaltung des Friedens und der Gesundheit und des Lebens der in Europa lebenden Menschen?

Für eine Stellungnahme wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen
Fred Schumacher

Ab dem 6. Mai 2025 ging diese Anfrage per Email an 18 Parteien, die bei der letzten Bundestagswahl am 23. Februar 2025 kandidiert hatten. Einige der Liste, welche im Ergebnis 0,0 Prozent erreicht hatten, wurden nicht angeschrieben.

Auf den folgenden Seiten gebe ich die Antworten, welche zurück kamen, unkommentiert wieder. Jeder Interessierte möge sich sein eigenes Bild machen.

Selbstverständlich waren unter den angeschriebenen Parteien alle, welche im vorherigen Bundestag vertreten waren und natürlich die, welche nach der Wahl im neuen Bundestag vertreten sind. BSW und Linke wurden separat angeschrieben, da sie ja in zwei verschiedenen Gruppen im vorherigen Bundestag waren.

Neben den Antworten sind natürlich auch die Nichtantworten interessant, unter Umständen sogar bedeutungsvoller als manch eine vorhersehbare Stellungnahme.

Die Antworten kamen alle per Email, per Post ging bis zum 24.5.2025 nichts ein. Wenn eine Stellungnahme noch per Post eintreffen würde, wäre ich gerne bereit, sie noch nachträglich aufzunehmen.

Antworten nach Parteien in alphabetischer Reihenfolge (Links wenn vorhanden so wie geschickt übernommen, ohne Überprüfung und Haftung)

AFD

vielen Dank für Ihre Nachricht an die AfD.

In den vergangenen Jahren haben wir eine Reihe von Erfolgen verzeichnen können, nicht nur bei Wahlen, sondern auch in der Politik vor Ort. Die AfD wirkt. Unsere Partei lebt von der Unterstützung durch die Bürger.

Ein Austritt aus der NATO ist derzeit kein Ziel der AfD. Unsere realpolitischen Positionen und Ideen für eine sichere

Zukunft Deutschlands sind in unserem Programm zur Bundestagswahl wie folgt niedergelegt:

„Die Welt befindet sich im Umbruch zu einer multipolaren Weltordnung. Deutschland darf dabei nicht länger Objekt fremder Interessen sein.

Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern wollen wir eine künftige stabile Friedensordnung gestalten und gewährleisten. Wir müssen unsere Souveränität ausbauen, unsere nationalen Interessen selbstbewusst formulieren und diese stringent verfolgen.

Die AfD unterstützt das sicherheitspolitische Konzept einer strategischen Autonomie Europas und seiner Ausprägung zu einem eigenen Machtzentrum in der sich verändernden Weltordnung. Eine stabile Friedensordnung in Europa und der Welt sichert auch die lebenswichtigen Außenhandelsbeziehungen und den Primärenergiebedarf für Deutschland.

Wir verfolgen daher ein interessengeleitetes Verhältnis zu den großen Mächten der Welt, zu China und den USA, genauso wie zu der Russischen Föderation.

Bis zum Aufbau eines unabhängigen und handlungsfähigen europäischen Militärbündnisses bleiben die Mitgliedschaft in der NATO sowie eine aktive Rolle Deutschlands in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zentrale Elemente unserer Sicherheitsstrategie.“

Bei Interesse an aktuellen Pressemitteilungen schauen Sie gern unter

<https://www.afd.de/meldungenbundesverband/>

vorbei. Aktuelles aus der Bundestagsfraktion erfahren Sie durch den Link

<https://afdbundestag.de/presse/>. Unter <https://spenden.afd.de/> finden Sie Informationen wie Sie uns mit einer Spende unterstützen können.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr AfD-Team in Berlin

Nächste Seite

Bündnis Deutschland

ich bedanke mich für Ihre Mail vom 6. Mai, die ich für den Bundesvorstand beantworten möchte.

BÜNDNIS DEUTSCHLAND sieht die aktuelle Entwicklung mit großer Sorge, auch und vor allem die Ankündigung des Bundeskanzlers, den Taurus an die Ukraine liefern zu wollen. Unserer Meinung nach, kann Deutschland somit mittelbar zu einer Kriegspartei werden, was natürlich nicht in unserem Interesse liegen darf.

Da die Bedienung des Taurus die Anwesenheit geschulter deutscher Soldaten unabdingbar macht, wäre es ein weiteres Kriterium, weshalb sich unser Land nicht derartig einbringen sollte. Der amerikanische Präsident hingegen, hat bereits angekündigt, im Falle von militärischen Gegenmaßnahmen in Richtung Deutschland, dem Ausruf des Bündnisfalles nicht zuzustimmen. Das alles sind besorgnisreiche Meldungen.

Trotz allem steht BÜNDNIS DEUTSCHLAND zur Westanbindung. Wir glauben nicht, dass eine neutrale Stellung derzeit zielführend ist. Der Vergleich mit der Schweiz wird übrigens immer ohne deren lange und begründete Tradition vorgenommen, die aber verdeutlichen würde, dass man uns nicht mit der Schweiz vergleichen kann.

Dennoch ist es unser Ziel - genauso wie in der Position zur Europäischen Union - dass wir wieder zu den Wurzeln der Gedanken von NATO und EU zurückkehren. Zentralistische Führungen und das Aufblasen zu Verwaltungstigern, lehnen wir ab.

Davon losgelöst zeigt aber die allgemeine Weltpolitik sehr deutlich, dass ein starker gemeinsamer Weg zumeist zielführender ist. Unsere Westanbindung hat seit 1949, eine der großen Leistungen von Bundeskanzler Konrad Adenauer, immer für Stabilität gesorgt – auch zuzeiten des Kalten Krieges. Diese aufzugeben, statt sich den Herausforderungen zu stellen, wäre sicherlich nicht im Interesse Deutschlands.

Bitte haben Sie daher Verständnis, dass wir Ihr Ansinnen nicht unterstützen können.

Mit freundlichen Grüßen

CARSTEN SCHANZ

Stellv. Bundesvorsitzender

nächste Seite

DKP

die DKP sagt seit langem "Raus aus der NATO - NATO raus aus Deutschland", weil wir in der NATO den Verbund der wesentlichen Imperialisten sehen, die mit allen Mitteln gegen ihren Hegemonieverlust kämpfen.

Die NATO ist aus unserer Sicht ein Kriegstreiberbündnis.

In unserem Friedenskampf (wir werden auf unserem kommenden Parteitag bekräftigen, dass dies für die nächsten Jahre die zentrale Aufgabe ist), stellen wir im Moment den Kampf gegen die ab 2026 geplante Stationierung neuer US.Mittelstreckenraketen in Deutschland in den Mittelpunkt.

Es handelt sich dabei eindeutig um Erstschlags- und Enthauptungswaffen. Ihre Stationierung wird die Kriegsgefahr massiv erhöhen. Gegen diese Stationierung hat sich ein recht breites Bündnis um den Berliner Appell als Unterschriftensammlung gebildet. Von der Aktionstätigkeit steht das für uns im Mittelpunkt.

Mit manchem unserer Bündnispartner sind wir dabei in der Debatte oder uneins über die Rolle der NATO.

Aus diesen Gründen halten wir momentan einen Unterschriftensammlung gegen die NATO-Mitgliedschaft für wenig sinnvoll. Das ändert Nichts an unserer klaren Ablehnung der NATO.

Mit roten Grüßen
Patrik Köbele
Vorsitzender der DKP

nächste Seite

FDP

vielen Dank für Ihre Nachricht.

Wir Freie Demokraten stehen uneingeschränkt zur NATO und zur Bündnissolidarität. Die NATO ist das erfolgreichste Verteidigungsbündnis der Welt und bleibt auch in Zukunft der Garant für unsere Sicherheit.

Deshalb setzen wir uns auch weiterhin dafür ein, dass Deutschland seine NATO-Verpflichtungen von mindestens 2% des BIP erfüllt und finanziell und gesellschaftlich in der Lage ist, zukünftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen zu begegnen.

Das bedeutet, wenn die NATO höhere Vorgaben beschließt, werden wir auch diese erfüllen und noch stärker in unsere Sicherheit und Verteidigung investieren. Die Fähigkeits- und Planungsziele sind maßgebend für die konkrete Aufstellung der Bundeswehr.

Wir wollen den europäischen Pfeiler der NATO stärken und dadurch die militärische Handlungsfähigkeit der Europäer innerhalb des Bündnisses fördern. Dazu braucht es eine noch engere Verzahnung der verteidigungspolitischen Instrumente von EU und NATO.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Team der FDP-Bundesgeschäftsstelle
Freie Demokratische Partei

nächste Seite

Piratenpartei

Die Außen- und Sicherheitspolitik muss Europa stärken und in Einklang mit den außen- und sicherheitspolitischen Richtlinien der EU und der EU-Mitgliedsländern stehen, sie darf weder nationalen Interessen noch Vorbehalten unterworfen werden. Die Außen- und Sicherheitspolitik muss auf dem Grundgesetz und den geltenden Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland sowie den Vereinbarungen und Verträgen der Europäischen Union (EU) und der Nordatlantischen Verteidigungsorganisation (NATO) und internationalem Recht basieren und die Richtlinien und strategischen Zielen der EU und der NATO sowie internationale Verträge berücksichtigen.

Das kollektive Sicherheitssystem der OSZE trägt entscheidend zum Erhalt von Frieden und Stabilität und zur Bewältigung von Krisen in Europa bei und ist daher in enger Abstimmung mit der EU, den EU sowie NATO-Partnern und in Zusammenarbeit mit allen beteiligten Staaten zu unterstützen und zu stärken.

Die Welt verändert sich rasant sowohl technologisch als auch geopolitisch. Ein rasanter Wandel hin zu einer multipolaren Welt sowie ein immer schnellerer technologischer Wandel bedeutet neue Chancen und Herausforderungen. Ziel der Piratenpartei Deutschland ist es diesen Wandel programmatisch vorausschauend zu begleiten und mitzugestalten.

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für die Integration und Transformation der Streitkräfte aller EU-Mitgliedsländer in eine gemeinsame, demokratisch legitimierte EU Streitkraft im Rahmen einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ein. Vor der Schaffung von europäischen Streitkräften ist ein Parlamentsvorbehalt des EU-Parlaments einzuführen. Bis dahin müssen die deutschen Streitkräfte in die Lage versetzt werden, im Rahmen der deutschen Verfassung gemeinsam mit ihren EU-Partnern und NATO-Verbündeten handlungsfähig zu sein um die ihr zugewiesenen Bündnisverpflichtungen und Aufgaben erfüllen zu können.

Während und auch nach Abschluss der Transformationsphase müssen Integration und Kooperation mit der NATO und die Zusammenarbeit im kollektiven Sicherheitssystem der OSZE fortgeführt werden.

Die Piratenpartei Deutschland ist für eine verstärkte Zusammenarbeit von Demokraten, um sich gegen Autokraten auf allen Ebenen behaupten zu können.

Die Piratenpartei Deutschland stellt sich klar gegen Autokraten und unterscheidet hier zwischen der Bevölkerung eines autokratischen Staates und dem Regime.

Menschenverachtender, expansionistischer und hegemonialer Politik stellt sich die Piratenpartei klar entgegen. Völkerrechtswidrige Annexionen lehnt die Piratenpartei strikt ab, annektierte Gebiete müssen wieder abgetreten werden und Grenzkonflikte friedlich beigelegt werden. Die staatliche Integrität von Staaten muss gewahrt bleiben.

Wirtschaftliche Abhängigkeiten zu autokratischen Systemen sind abzubauen und zu vermeiden, Resilienz ist auf allen Ebenen zu verbessern, um Erpressungsmöglichkeiten zu vermeiden.

Die Piratenpartei verurteilt den Einsatz von Technologien zur Kontrolle und Unterdrückung von Menschen und lehnt in diesem Zusammenhang auch den Export von Dual-Use-

Technologien an autokratische Regime ab.

Gleichzeitig ist der Einflussnahme dieser Staaten auf Demokratien auf allen Ebenen durch angemessene Maßnahmen entgegen zu wirken.

Mit freundlichen Grüßen
Schoresch Davoodi

Tierschutzpartei

vielen Dank für Ihre Nachricht und Interesse an unserer Parteiansicht.

Als Partei mit Anspruch an ehrlichen Frieden sehen wir die NATO selbstverständlich ebenfalls als kritisch an und die neue Präsidentschaft Trumps verschärft Angst und Bedenken auch auf unserer Seite.

Zum letzten Parteitag im Oktober 2024 haben wir einen Austritt aus der NATO mehrheitlich abgelehnt, da dieser, selbst für viele NATO-Kritiker innerhalb unserer Reihen, zu diesem Zeitpunkt nicht nur weitere Sicherheitsrisiken, sondern auch taktische Nachteile aufgewiesen hätte.

Da unsere Parteigremien sich vor kurzem erst neu aufgebaut haben, gibt es hierzu noch keine aktualisierte Stellungnahme unseres Ausschusses für Außenpolitik.

Die Themen Sicherheit und außenpolitische Zusammenarbeit spielen für uns selbstverständlich in Zeiten wie diesen eine zunehmend große Rolle.

Dennoch arbeiten wir alle ehrenamtlich in der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ und bemühen uns deshalb, ein möglichst breites Feld an politischen Inhalten abzudecken, um auf der politischen Bühne größer auftreten zu können.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Tierschutzpartei
